

Rechts extremis mus : aus der Mitte der Gesellschaft

1. Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhass , Rechts extremis mus oder was ? Abgrenzungen und Begriffs klärungen

- a. Ausländerfeindlichkeit
- b. Fremdenfeindlichkeit / Fremdenhass
- c. Ethnozentrismus
- d. Rassismus
- e. Rechtsradikalismus
- f. Rechtsextremismus
- g. Erscheinungsform des Rechtsextremismus: Rechtspopulismus
- h. Neofaschismus / Neonazismus
- i. Definition von Rechtsextremismus

2. Kritik populärer Erklärungen des Rechtsextremismus

- a. Soziobiologische Erklärungen von Rassismus und Rechtsextremismus
- b. Rechtsextremismus in den Totalitarismus- / Extremismustheorien
- c. Rechtsextremismus als Folge der Orientierungslosigkeit in der Risikogesellschaft
- d. Rechtsextremismus als Jugendprotestbewegung
- e. Rechtsextremismus als Folge der antiautoritären Erziehung

3. Ideologischer Kernbestand des Rechtsextremismus: Rassistische Diskurse und die politische Kultur des Nationalismus

3. 1. Was ist Rass is mus ?

- a. Einführendes
- b. Der Ansatz von Robert Miles
- c. Der Ansatz von Stuart Hall
- d. Der Ansatz von Teun van Dijk
- e. Zusammenfassung einiger wichtiger Aspekte
- f. Verhältnis von Ökonomie und Rassismus

3. 2. Die nationalis tis che Kultur in Deuts chland

- a. Einführendes
- b. Wann, wie und weshalb entsteht Nationalismus?
- c. Der deutsche Nationalismus

4. Der Neoliberalismus als dominierende Wirtschaftstheorie und –praxis im globalisierten Kapitalismus

4. 1. Das Programm des Neoliberalis mus

- a. Grundsätzliches
- b. Wettbewerb als Lernmethode
- c. Die kulturelle Evolution
- d. Freiheit statt sozialer Gerechtigkeit
- e. Staat, Parlament und Demokratie

4. 2. Neoliberale Praxis und ihre Folgen

5. Zusammenfassende Thesen zum Verhältnis von Kapitalismus, Neoliberalismus und Rechtsextremismus

1. Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhass, Rechtsextremismus oder was? Abgrenzungen und Begriffsklärungen

a. Ausländerfeindlichkeit

Die in Deutschland seit 1955 lebenden „Gastarbeiter“ stoßen auf Ressentiments während der 60er Jahre: Diese werden als „Ausländerfeindlichkeit“ bezeichnet. Diesen Terminus gibt es sonst nirgendwo auf der Welt! Das Phänomen wird dabei als individuelles, nicht als gesellschaftliches Problem definiert. Mit dem Begriff wird keine Verbindung zum Antisemitismus (mit Auschwitz als letzter Folge) hergestellt, sondern etwas anscheinend völlig Neues bezeichnet. Dahinter steht die Vorstellung einer ethnisch und kulturell weitgehend homogenen Gesellschaft, die mit der Realität (Einwanderungsland) allerdings nicht zu vereinbaren war.

Praktisch bedeutet Ausländerfeindlichkeit: Ohne eine Inländeridentität werden nicht die gleichen Rechte zugestanden.

Kritik: Der Begriff wird dem Phänomen nicht gerecht. Ausländerfeindlichkeit betrifft weder alle Ausländer noch nur Ausländer: Schweden und Amerikaner werden i.d.R. ja nicht diskriminiert - Farbigen mit deutschem Pass nützt dieser meist nichts. Außerdem kann Rassismus auch dazu führen, dass Einwanderer besonders freundlich behandelt werden – diese Phänomene sind mit dem Begriff ebenfalls nicht zu fassen.

b. Fremdenfeindlichkeit / Fremdenhass

Bezeichnet meist eine angeborene Abwehrhaltung gegenüber Fremden (Ethnologen wie Lorenz, Eibl-Eibesfeldt). Es erfolgt eine Gleichsetzung mit Erscheinungen im Tierreich, z. B. wird behauptet, Fremdenfeindlichkeit sei ein Residuum aus jener Zeit, zu der es mangels geeigneter Vorratshaltung wenig Möglichkeiten gab, Gäste aufzunehmen und zu bewirten. **Kritik:** Teil 2

c. Ethnozentrismus

Eine Haltung, die andere ethnische Gruppen für minderwertig gegenüber der eigenen hält, ihre Lebensformen und Handlungsweisen aber nicht als natürlich gegeben, sondern prinzipiell für veränderbar hält. Die Menschheit wird als Kosmos miteinander konkurrierender Nationalstaaten begriffen, wobei die eigene Nation den Maßstab für alle anderen bildet.

d. Rassismus

Die Diskriminierung von Menschen mit bestimmten körperlichen oder kulturellen Merkmalen aufgrund diesen zugeschriebenen Charaktermerkmalen. In der deutschen Diskussion nach dem 2. Weltkrieg wurde der Begriff fast gar nicht benutzt, mittlerweile ist er nicht mehr tabuisiert. Aber oft bleibt unklar: Ist jede Kritik an Bürgern anderer Länder, Kulturen, Religionen schon rassistisch? Z. B. könnten die, die die Beschneidungspraxis in afrikanischen Ländern verurteilen, auch als rassistisch beurteilt werden. Zur Klärung siehe Teil 3.

e. Rechtsradikalismus

Besonders gern vom Verfassungsschutz benutzt: Nach dieser Vorstellung wird die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch Radikale von links und rechts bedroht; davor muss sich die streitbare Demokratie schützen. Mitte der 70er Jahre wurde der Begriff durch den Begriff des Rechtsextremismus abgelöst oder in Steigerungsformen verwandt: Rechtsextremismus ist eine Ebene stärker als

Rechtsradikalismus. So wurden bspw. die Republikaner als rechtsradikal, aber nicht als rechtsextrem bezeichnet.

Kritik: Die Kriterien sind sehr unklar und werden teilweise auch umgekehrt zur Steigerung benutzt.

Radikal sein heißt eigentlich „an der Wurzel packen“. Das Wort „Radikalismus“ war in der Aufklärung positiv besetzt.

f. Rechts extremis mus

Basiert auf der Fiktion einer scharfen Trennlinie zwischen Demokraten in der „Mitte“ und Antidemokraten an den Rändern. Hat also anscheinend mit der „normalen“ Gesellschaft nichts zu tun, sondern ist Sache von Außenseitern. Die Mitte wird als Vorbild dargestellt, ohne dass inhaltlich gefüllt wäre, was die Mitte ist.

g. Erscheinungsform des Rechts extremis mus : Rechts populis mus

Der Begriff charakterisiert nicht so sehr die Politik einer Partei, etwa der FPÖ oder der Lega Nord, sondern die Art, wie sie gemacht wird. Es wird an das einfache Volk, die kleinen Leute appelliert: Dabei wird von einem Volk als Einheit ausgegangen, und die Sprache der kleinen Leute gesprochen, also Stammtischparolen aufgegriffen und geprägt. Die Eliten, „die da oben“, werden scharf kritisiert.

h. Neofaschismus/Neonazismus

Mit diesem Begriff werden Phänomene und Menschen mit Hitler oder Mussolini in Verbindung gebracht. Er wurde oft sehr pauschal verwandt, besonders von links. Hoyerswerda aber z. B. ist nicht faschistisch. Als faschistisch sollten nur Organisationen, Parteien und Personen bezeichnet werden, die sich auf den italienischen Faschismus oder den deutschen Nationalsozialismus explizit berufen, ihn verherrlichen, nachahmen, bewusst verharmlosen. Ein Rassist etwa muss kein Neonazi sein. Jugendliche, die als Provokation Hakenkreuze schmieren, schon längst nicht.

Definition von Rechts extremis mus

Was bleibt? Meine Entscheidung fällt doch für den Begriff Rechtsextremismus, weil es noch keinen besseren gibt. Meine Definition des Begriffs entwickle ich in Anlehnung an Heitmeyer und Butterwegge:

Folgende Elemente sehe ich im RE enthalten:

- das Ziel, demokratische Grundrechte abbauen bis zur Abschaffung der Demokratie,
- Menschen in Theorie und Praxis auszuschließen aufgrund von Ideologien der Ungleichheit bis hin zur Ausrottung, begründet mit der Annahme eigener Überlegenheit (der Rasse, der Kultur) und
- die Legitimität des Rechts des Stärkeren (Legitimität von Gewalt, nicht unbedingt mit eigener Gewaltanwendung verbunden)

Kurz: Die Elemente des RE sind die Gegnerschaft zur Demokratie, Rassismus und Nationalismus und das Recht des Stärkeren.

2. Kritik populärer Erklärungen des Rechts extremis mus

a. Soziobiologische Erklärungen von Rassismus und Rechts extremis mus

Grundannahme dieser Erklärungsansätze: Die Ausgrenzung/Diskriminierung hat biologische Ursachen: eine angeborene Abwehrhaltung gegenüber dem Fremden zur Sicherung der eigenen Gruppe bzw. weil der Vorrat zu knapp würde. (Eibl-Eibesfeldt). Populär wurde vor einigen Jahren z.B. Enzensberger mit seinem Essay

„Die große Wanderung“: In einem Zugabteil beobachtet er zunächst eine Ablehnung gegenüber dem Neuankömmling, aber ein „Zusammenrotten“ mit ihm gegen den nächsten Eindringling. Er folgert: „Gruppenegoismus und Fremdenhaß sind anthropologische Konstanten, die jeder Begründung vorausgehen. Ihre universelle Verbreitung spricht dafür, dass sie älter sind als alle bekannten Gesellschaftsformen.“ (Hans Magnus Enzensberger, Die Große Wanderung. Dreiunddreißig Markierungen. Mit einer Fußnote „Über einige Besonderheiten bei der Menschenjagd“, 6. Aufl. Frankfurt/M. 1993, S. 13).

Deshalb befürchtet er in unseren multikulturellen Gesellschaften Schlimmes in der Zukunft, z. B. eine Ausweitung ethnischer Kriege.

Kritik: In südlichen Ländern verhalten sich die Menschen nicht so. Enzensberger beschreibt eine westliche Verhaltensweise, die durch Normen und Konventionen geprägt ist, ein gutes Beispiel für nicht-biologische Ursachen!

Gegen Eibl-Eibesfeldt: Es gibt keine determinierte Abwehr von Fremden. Den Menschen ist gerade durch die Evolution/Selektion eine Verhaltensflexibilität eigen. Kinder haben stärker Interesse an Fremden als dass sie fremdeln.

Dagegen sieht man: In *bestimmten* Situationen werden *bestimmte* Fremde ausgegrenzt. (z.B. der neu zugezogene japanische Geschäftsmann nicht, der in Deutschland geborene türkische Nachbar eher)

Es besteht die Gefahr einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. „Schließt man die Asylsuchenden von den Regelungen aus, die für ein ziviles Zusammenleben der Bürger sorgen, dann wächst die Wahrscheinlichkeit, daß die Betroffenen alternative Existenzweisen entwickeln, darunter solche, die fremd anmuten, und hier und da auch kriminelle. Die ethnozentrische Politik der Ausgrenzung hat dann selbst für die Verhältnisse gesorgt, vor denen sie die Gesellschaft bewahren will und durch die sie sich bestätigt fühlt.“ (Gero Lenhardt, Der verwahrloste Nationalismus. Über die Anschläge auf Asylsuchende, in: Neue Sammlung, Vierteljahres-Zeitschrift für Erziehung und Gesellschaft 4/1993, S. 545, zit. Nach Butterwegge, a.a.O., S. 18).

Die Funktion dieses Erklärungsansatzes: Durch die Naturalisierung des Sozialen wird menschliches Handeln auf Triebe und Politik auf die Exekution biologischer Gesetzmäßigkeiten reduziert. Soziale Unterschiede erscheinen gewollt und unveränderbar.

b. Rechts extremis mus in den Totalitaris mus/Extre mis mus the orien

Ab 1932 gibt es die Lehre vom „totalen Staat“. Inhaltlich wird der Gegensatz von Demokratie und Diktatur aufgegriffen.

Demokratie wird in diesem Konzept gekennzeichnet durch konkurrierende Meinungen, Interessen, Gruppen, Parteien, also durch Pluralismus, die Diktatur ist gekennzeichnet durch die Herrschaft einer Partei oder Ideologie. Einflussreich für diesen Ansatz war Kautskys *Die Diktatur des Proletariats*.

Als Klassiker darf C.J. Friedrich gelten: Er will beweisen, dass Faschismus und Kommunismus in ihren wesentlichen Zügen gleich sind und macht sechs entscheidende Wesenszüge von totalitären Diktaturen aus:

„1. Eine ‚offizielle Ideologie‘, die ‚einen Endzustand der Menschheit, ein Paradies auf Erden, proklamiert‘.

2. Eine ‚Massenpartei, die im alleinigen Besitz der formellen Herrschaft ist‘, hierarchisch aufgebaut ist und in der Regel von einem Diktator geführt wird.

3. Die ‚terroristische Geheimpolizei‘, die die nachweisbaren Feinde des Regimes, aber auch eigenmächtig ausgewählte Bevölkerungsgruppen bekämpft.

4. ‚Das nahezu vollkommene Monopol aller Nachrichtenmittel in der Hand der Partei und ihrer Kader.‘

5. Das ‚fast vollkommene Waffenmonopol‘ des Staates.

6. ‚Die zentrale Lenkung und Beherrschung der gesamten Wirtschaft ... durch eine bürokratische Gleichschaltung aller vorher unabhängigen Wirtschaftskörper.‘ „ (Friedrich, C. J., Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1958, S. 19 ff. in Auszügen, hier zit. nach Kühnl, a.a.O., S. 135).

Kritik: - Die Theorie leidet unter einem grundsätzlichen methodischen Mangel: es geht nur um die Form, nicht um Zweck und Inhalt der Herrschaft. Politische Formen und Institutionen dienen aber der Realisierung einer bestimmten Politik. „Wer (welche soziale Gruppe oder Klasse) herrscht mittels bestimmter Methoden? Wer hat den Nutzen und die sozialen Privilegien in einem bestimmten Herrschaftssystem, und wer hat für die Herrschenden und Privilegierten zu arbeiten, zu leiden und vielleicht sogar zu sterben?“ (Kühnl, a.a.O., S. 136).

- Herrschaftssysteme werden in ihrer Entstehung nicht erklärt, sondern nur beschrieben. Welche historischen Weichenstellungen/Kämpfe usw. führten zu seiner Errichtung? Friedrichs Antwort: moderne Technik und Massendemokratie sind Bedingungen totalitärer Regime. Moderne Technik ist aber für jedes effektive Regierungssystem notwendig. Der Faschismus war gerade ein Gegner der Massendemokratie!

- Schließlich stimmt die Gleichsetzung der Methoden auch nur teilweise. Die Methoden der Unterdrückung unterschieden sich etwa in Italien, Deutschland, Sowjetunion, Polen und dort in verschiedenen Phasen.

Gegen die erste obige Annahme: Der Faschismus proklamiert gar kein Paradies auf Erden oder eine klassenlose Gesellschaft, sondern sozialdarwinistisch das Recht des Stärkeren und den ewigen Kampf der Völker.

Gegen die sechste Annahme: Im Faschismus gab es keine zentrale Lenkung der Wirtschaft durch die Partei. Große Konzerne hatten ein hohes Maß an Selbstverwaltung (Der Unternehmer wurde rechtlich zum „Führer des Betriebs“) und starke Machtpositionen im faschistischen Herrschaftssystem.

Man muss ins Gedächtnis rufen: Der Sozialismus beruft sich auf die Aufklärung und die Vernunft und ist damit zumindest tendenziell rational, während die Blut- und Bodenideologie des Faschismus immer irrational ist.

Die Hochzeit des Totalitarismus lag im Kalten Krieg und hatte die Funktion der Diskreditierung der Arbeiterbewegung, sozialistischer Parteien, Gewerkschaften u.a. Heute wird die Extremismus-Theorie besonders durch das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden durch Backes/Jesse vorangetrieben: „Der Begriff des politischen Extremismus soll als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen, sei es, daß das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit negiert (Rechtsextremismus), sei es, daß der Gleichheitsgrundsatz auf alle Lebensbereiche ausgedehnt wird und die Idee der individuellen Freiheit überlagert (Kommunismus), sei es, daß jede Form von Staatlichkeit als ‚repressiv‘ gilt (Anarchismus).“ (Backes, Uwe/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin/Frankfurt/M. 1993, S. 40, zit. nach Butterwegge, a.a.O., S. 65).

Kritik: Die Realität des deutschen Verfassungsstaates wird nicht hinterfragt, weil man sich selbst in der aristotelischen Mitte, die sittlich gerechtfertigt ist, befindet. In Deutschland wird etwa durch Ausländerpolitik die Fundamentalgleichheit durchaus negiert, ebenso durch schlechtere gesellschaftliche Positionen von Frauen usw. Der Kommunismus fordert gerade Demokratie als Ziel; Marx' Aussage: „Der Mensch ist nicht für den Sozialismus, sondern der Sozialismus für den Menschen da“. Ziel ist,

durch Wirtschaftsdemokratie individuelle Selbstverwirklichung zu ermöglichen. Die Kritik der Extremismustheorie trifft also bestimmte realsozialistische Staaten und Phasen, z. B. Stalinismus oder Maoismus.

In anarchistischen Vorstellungen wird nicht jegliche Regulierung abgelehnt: Bspw. gibt es Konzepte einer „regulierten Anarchie“ (Sigrist) oder Anarchosyndikalismus. Trotzdem bleibt die Anfrage: Ist es dem Opfer nicht egal, wer es aus welchen Gründen in welchem Staat mit welchem Ziel foltert? Ja, zweifellos! Das Problem ist aber, dass man wissenschaftlich die Entstehungsbedingungen und Strukturen von Gesellschaften verstehen muss, wenn man in Zukunft neue Opfer verhindern will. Totalitarismus/Extremismus ist eher ein verschleiender als ein erklärender Begriff. Was hat man verstanden, wenn man sagt, dass Togo, Irak und Birma totalitäre Staaten sind?

c. Rechts extremismus als Folge der Orientierungslosigkeit in der Risikogesellschaft

Die Ursachen des Rechtsextremismus werden im Prozess der Modernisierung geortet. Beck: Wir leben in einer „Risikogesellschaft“, die gekennzeichnet ist durch Individualisierung, Enttraditionalisierung und Pluralisierung der Lebensstile. Es existiert ein Mehr an Entscheidungsmöglichkeiten, aber es herrschen auch Unsicherheit und Orientierungslosigkeit. Es handelt sich also um „riskante Freiheiten“. Das Ergebnis dieser Prozesse ist aber nicht Vereinzelung und Beziehungslosigkeit, es kommt zur Auflösung von Schichten und Klassen und es ergibt sich die Notwendigkeit, die eigene Biographie zu basteln. Die Schattenseiten der Modernisierung bedingen nun ein Rückfallrisiko nach rechts: „Reflexive Modernisierung provoziert ... Gegenmodernisierung, und zwar in allen Formen: neue Religionsbewegungen, Esoterik, Gewalt, Neonationalismus, Neorassismus, aber auch Renaturalisierungen von gesellschaftlichen Beziehungen und sozialen Problemen durch gentechnische und humangenetische Wellen.“ (Ulrich Beck, Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt/M. 1993, S. 143 f.).

Die Bürger wissen um die drohenden Katastrophen, fürchten um ihren Wohlstand und misstrauen der Politik.

Heitmeyer nimmt eine Umsetzung dieser Thesen in Bezug auf Desintegrationsprozesse bei Jugendlichen vor. Er konstatiert: Milieus und Bindungen haben sich aufgelöst, den Betroffenen fehlt ein fester Halt. An die Gewissheitssuche können rechtsextreme Konzepte anknüpfen. Ohnmachtsgefühle werden so in Gewaltakzeptanz umgeformt. Ideologien der Ungleichheit und Gewaltbereitschaft machen nach Heitmeyer den Kern des Rechtsextremismus aus.

Kritik: Rechtsextremes Denken führt nicht automatisch zu Gewaltbereitschaft, diese Aspekte sind zunächst einmal unverbunden; nicht nur Rechtsextremisten vertreten eine Ideologie der Ungleichheit, diese ist vielmehr weit verbreitet.

Rechtsextremismus ist außerdem kein reines Jugendproblem; in rechtsextremen Organisationen finden sich viele Erwachsene, die entscheidenden gesellschaftspolitischen Weichenstellungen werden von Erwachsenen getroffen. Desintegration könnte auch zu Selbstmord oder Aussteigertum führen.

Außerdem besteht die Gefahr einer Romantisierung früherer Lebensweisen, z.B. autoritärer Erziehungs- und Umgangsformen.

Empirisch wurden Heitmeyers Thesen nur teilweise bestätigt: Rechtsextreme Orientierungen fanden sich häufig nicht konzentriert bei Jugendlichen, die davon betroffen sein müssten, sondern gerade auch unter wohlsituierten, beruflich etablierten und leistungsstarken Jugendlichen.

Es gibt überdies einen Widerspruch der Erklärung in Bezug auf den Modernisierungsprozess: Im Westen wird Rechtsextremismus oft mit *fortgeschrittener Modernisierung*, im Osten mit *Modernisierungsrückstand* erklärt. Zur generellen Kritik an Becks Theorem der Risikogesellschaft sei Anthony Giddens angeführt: „Einerseits war auch das Leben in früheren Zeiten äußerst risikoreich; und auf der anderen Seite heben natürlich die heutigen technologisch produzierten Risiken das Faktum höchst ungleich verteilten Wohlstands und Machtbesitzes nicht in der Weise auf, daß der Klassenbegriff obsolet würde: Auch die Risikogesellschaft bleibt wesentlich Klassengesellschaft!“ (aus: Bernd Kießling, Die „Theorie der Strukturierung“. Ein Interview mit Anthony Giddens, in: Zeitschrift für Soziologie 4/1988, S. 294, zit. nach Butterwegge, a.a.O., S. 80).

d. Rechts extremis mus als Jugendprotes tbe wegung

Anwendung von Gewalt gegenüber AusländerInnen wird auch als Protestschrei einer sozialen Bewegung als Reaktion auf politische Fehlentwicklungen gedeutet.

Jugendliche fühlten sich ohnmächtig gegenüber der Gesellschaft, und Gewalt ist in dieser Sicht die einzig mögliche Gegenreaktion. Skinheads sind dann die neuen 68er.

Kritik: Die Sicht von Rechtsextremismus als Jugendprotest verschleiert gesellschaftliche Ursachen. Woher kommt aber die Objektverschiebung von verantwortlichen Politikern zu AusländerInnen?

Ein engerer Begriff von Protest scheint notwendig: Das Weinen eines Kindes im Trotzalter und die Parole „Ausländer raus!“ sind noch kein Protest. „Protest basiert vielmehr auf moralischen Prinzipien und/oder bestimmten politisch-ideologischen Grundsätzen, bedarf (der Ansätze) eines Programms und des – utopischen – Gegenentwurfs für eine andere Lebensweise oder eine bessere Gesellschaft, jedoch auch einer Öffentlichkeit, um sein Ziel zu erreichen, und ist seinem ganzen Wesen nach eine Herausforderung der Obrigkeit. Machthaber, Herrschende, Regierende und Privilegierte können nicht gegen die provokativen Handlungen von Ohnmächtigen, Unterdrückten, Regierten und Unterprivilegierten protestieren, sondern nur diese Gruppen gegen fragwürdige Entscheidungen jener.“ (Butterwegge, a.a.O., S.93).

Konstitutiv für eine soziale Bewegung ist das Demokratieprinzip als inhaltliches Ziel und als Struktur der Aktionsformen. Inhaltlich stehen rechtsextreme Gruppen für eine unsoziale Bewegung, die sich gegen sozial Benachteiligte richtet.

Richtig ist: Die Neue Rechte hat Erkenntnisse linker Wissenschaftler aufgegriffen, etwa Gramscis Hegemonietheorie, um sie für ihre eigenen Zwecke zu nutzen. Im übrigen führt die Kennzeichnung rassistischer Gewalt als Protestbewegung Jugendlicher möglicherweise zu einer verständnisvollen Haltung gegenüber dieser Gewalt, was fragwürdig erscheint.

e. Rechts extremis mus als Folge der antiautoritären Erziehung

Schröder-Köpf betont heute die Wichtigkeit von Sekundärtugenden wie Fleiß, Ordnung, Pünktlichkeit. Es findet eine Diskussion um die Wiedereinführung von Kopfnoten statt. „Konservative Kreise behaupten, daß die radikale Linke das Wertfundament der parlamentarischen Demokratie systematisch untergraben und mittels ihrer Laisser-faire-Haltung junge ‚Mini-Rambos‘ bzw. ‚Monster-Kids‘ herangezüchtet habe. Die ‚Konfliktpädagogik‘ der ‚68er‘ -Lehrergeneration sei, so heißt es, zum Einfallstor für die Aggression von Schülern geworden.“ (Butterwegge, a.a.O., S. 101).

Kritik: Gegen Permissivität und Liberalität in der Erziehung als Ursachen von Rechtsextremismus sprechen Untersuchungen, wonach die Übereinstimmung zwischen der eigenen Ausländerfeindlichkeit und der Einstellung der Familie viel weiter verbreitet ist als die gegenteilige Auffassung zur Meinung der Eltern. Autoritäre Familienstrukturen kommen in Täterfamilien signifikant häufiger vor. Außerdem ist 68 eher ein Mythos als Realität, der die Mehrheit der Bevölkerung nie erreicht hat. Die APO hat auch in Unistädten nur eine kleine, akademische Minderheit beeinflusst. „Zu keinem Zeitpunkt zwischen 1968 und 1989 hat sich in Westdeutschland das antiautoritäre Erziehungsmodell gesellschaftsprägend durchgesetzt; lediglich in Teilen der akademischen Mittelschicht wurde es überhaupt rezipiert und, in milder Form, praktiziert.“ (Hans-Martin Lohmann, Phantom Achtundsechzig. Wie man dem Unbehagen in der Kultur beikommen will, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 2/1994, S. 137, zit. nach Butterwegge, a.a.O., S. 104).

Die Folgen von 68 in der Politik sind kaum auszumachen, im Gegenteil: Von Willy Brandts Radikalenerlass bis zu Joschka Fischers Zustimmung zu einer Militarisierung der Außenpolitik reicht die Politik der Alt-68er an der Macht.

Neues Elite- und Leistungsdenken und neuer Nationalismus dürften eher zu den Ursachen rechtsextremer Tendenzen gehören als die Ansichten versprengter linker Lehrer.

3. Kernbestand des Rechtsextremismus: Rassistische Diskurse und die politische Kultur des Nationalismus

Eine Rassismusforschung war in Deutschland bis Ende der 80er Jahre kaum existent, stark war hingegen die Antisemitismusforschung. In Großbritannien, den USA und Frankreich hat die Rassismusforschung dagegen eine längere Tradition. Definition: „Letztlich ist Rassismus ein (Haltung und Handeln von Millionen Menschen bestimmendes) Denken, das nach körperlichen bzw. nach kulturellen Merkmalen gebildeten Großgruppen unterschiedliche Fähigkeiten, Fertigkeiten und/oder Charaktereigenschaften zuschreibt, wodurch selbst dann, wenn keine gesellschaftliche Rangordnung (Hierarchie) zwischen ihnen entsteht, die Ungleichverteilung sozialer Ressourcen und politischer Rechte erklärt, also die Existenz von Privilegien bzw. der Anspruch darauf legitimiert, die Gültigkeit universeller Menschenrechte hingegen negiert wird. ... Sein zutiefst inhumaner Kern besteht darin, daß er Menschen (anderer Hautfarbe oder Herkunft) nicht als Persönlichkeiten mit eigenen Anlagen und Begabungen, sondern im Grunde nur als Mitglieder ihrer ‚Rasse‘ oder ihres ‚Kulturkreises‘ ansieht und ihnen damit jede individuelle, über vermeintliche Kollektiveigenschaften hinausweisende Entwicklungsmöglichkeit abspricht.“ (Butterwegge, a.a.O., S. 123).

Zur Struktur des Rassismus: Bader unterscheidet „racialized groups“, die diskriminierten Gruppen, „racialism“ (rassistische Praxen) und „racism“ (rassistische Ideologien). Gegen den in den Sozialwissenschaften heute oft vorherrschenden allgemeinen Konstruktivismus bleibt festzuhalten: Rassisten knüpfen an real vorhandenen körperlichen Merkmalen an, konstruieren daraus allerdings fiktionale Großgruppen.

Im folgenden werden drei ideologietheoretische Positionen zum Rassismus in kurzen Auszügen vorgestellt (vgl. zum Folgenden Zerger, a.a.O.):

Der Ansatz von Robert Miles

Rassismus ist nach Miles ein Prozess der Konstruktion von Bedeutungen, so dass bestimmten Merkmalen

1. eine besondere Signifikanz zukommt und
2. sie mit Merkmalen zweiter Ordnung ausgestattet werden (Charaktereigenschaften).

Die selektierten Merkmale haben also den Charakter eines Zeichens, das für das Vorhandensein anderer Phänomene steht.

Erste Selektionsebene: Körperliche Merkmale dienen zur Kategorisierung der Menschheit; zweite Selektionsebene: es werden von den Merkmalen die ausgewählt, die zur Unterscheidung zwischen den als Rassen definierten Menschengruppen dienen sollen (z.B. Hautfarbe und nicht Schuhgröße).

Vier Aspekte macht Miles als Merkmale rassistischer Ideologien aus:

- Im Rassismus werden sowohl das eigene Ich als auch die „Anderen“ konstruiert; dies lässt sich für Prozesse der Ein- und Ausgrenzung verwenden
- Rassismus kann sowohl eine (pseudowissenschaftliche) Weltanschauung werden als auch eine fragmentarische Sammlung von Klischees im Alltag zur Verfügung stellen
- Er leistet Welterklärung und kann Kausalitäten konstruieren; die so beobachteten Probleme können mit rassistischen Strategien dann gelöst werden
- Rassismus ist nicht überzeitlich, sondern hat historisch unterschiedliche Inhalte, die mit dem konkreten gesellschaftlichen Kontext verknüpft werden können

Es fehlt jetzt noch eine Analyse der Ursachen der Entstehung von Rassismus, die Beantwortung der Frage, warum er so wirkmächtig werden kann; außerdem muss Rassismus heute besonders auch in seiner Gestalt als kultureller Rassismus untersucht werden.

Der Ansatz von Stuart Hall

Hall bezeichnet Rassismus in Anlehnung an Foucault als Diskurs (dieser Begriff fasst Ideologie und Praxis zusammen). Hall: Rassismus ist symbolische Ausschließung zur Gewinnung eigener Identität. Rassismus ist mit ökonomischen Prozessen verbunden, aber stark ideologisch beeinflusst: Hall orientiert sich hier an Gramscis Hegemoniekonzept: Kulturelle Hegemonie ist ein niemals abgeschlossener Einigungsprozess, sondern als historische strategische Allianzen zwischen bestimmten Gesellschaftsgruppen und – Sektoren zu begreifen.

Die Ideologierstellung erfolgt besonders durch die Medien: Rassistische Denkmuster sind immer schon historisch vorgeformt und tief im Alltagsbewusstsein der Menschen abgelagert. Hall unterscheidet zwischen explizitem und implizitem Rassismus, zwischen offen rassistischen Positionen und der „normalen“ Darstellung von Rasse in bestimmten Zusammenhängen bzw. Diskursen. In Großbritannien wird die Kategorie Rasse in Verbindung mit dem „Einwanderungsproblem“ thematisiert, es wird häufig der Eindruck vermittelt, dass es zu viele Schwarze gebe u. a. Ein liberaler Konsens schreibt diesen impliziten Rassismus fest.

Der Ansatz von Teun van Dijk

Van Dijks Grundthese lautet: Soziales Wissen wird entscheidend durch Diskurse geprägt. Eine zentrale Rolle für die Entstehung und Reproduktion rassistischer Ideologien kommt den gesellschaftlichen Eliten zu, da sie die öffentlichen Diskurse

am stärksten steuern können. „Die Macht ‚moderner‘ Eliten wird weniger durch direkte Kontrolle über die Handlungen anderer oder den Einsatz von Gewalt und Strafe ausgeübt, sondern besteht in der ‚Kontrolle der öffentlichen Meinung‘ ..., die auf einem durch wirkungsvolle Kommunikation, manipulative Diskurstechniken und subtile Einflussnahme hergestellten gesellschaftlichen Konsens basiert.“ (Zerger, a.a.O., S. 143).

Viele Formen des alltäglichen Rassismus sind durch Elitendiskurse vorgeprägt. Die Darstellung von Einwanderern in Medien oder fremden Ländern ist i.d.R. auf wenige Themenfelder bezogen: Kriege, Hungerkatastrophen, Unruhen, ethnische Beziehungen usw. Eine wichtige Funktion bei der Reproduktion rassistischer Diskurse spielen Schulbücher.

Kritik: Die Eliten eines Staates etwa sind kein geschlossener Block, die Interessen der jeweiligen Eliten müssten in einer differenzierten Untersuchung ermittelt werden; bei aller richtigen Betonung der Wichtigkeit von Elitendiskursen sollte die wichtige Rolle des Alltagsrassismus nicht vergessen werden!

Zusammenfassung einiger wichtiger Aspekte

Rassismus kann potenziell eine Identitätsgewinnung für alle gesellschaftliche Gruppen leisten (auch für die Unterschicht, selbst für die Schwarzenbewegung!), Es besteht eine Wechselwirkung zwischen alltäglich verankertem Rassismus und Mediendarstellungen. Dadurch ist der Rassismus sehr wirkmächtig.

Die Funktion des Rassismus: Jeder kann seinen Platz in einem Gefüge der Über- und Unterordnung einnehmen. („Soziale Platzanweiser“).

Es ist ernst zu nehmen, dass dieses Gefüge der natürlich begründeten sozialen Ungleichheit Machtpositionen stärkt und dass Elitendiskurse bewusst und unbewusst Rassismus aus Gründen der eigenen Machterhaltung produzieren.

Verhältnis zur Ökonomie

Man kann nicht vulgärmarxistisch sagen: Aus Kapitalismus folgt Rassismus. Aber: „Ohne den Zwang, mit anderen Menschen um knappe Güter, Subsistenzmittel und Sozialleistungen zu streiten, wäre kein gesellschaftlicher Ausschließungsmechanismus wie der Rassismus erforderlich, um den Zugang zu Ressourcen, Leistungsansprüchen und Privilegien zu regeln. ... Sozioökonomische Konkurrenzverhältnisse sind eine zwar notwendige, aber für sich allein nicht hinreichende Bedingung für das Entstehen der rassistischen Ideologie.“

(Butterwegge, a.a.O., S. 131 f.).

Es gilt: Jede rassistische Praxis muss in ihren aktuellen historischen Kontexten verstanden werden.

Warum aber dient gerade der Rassismus als Ausschließungskriterium? Zwischen den ökonomischen Strukturen und einer rassistischen Ideologie vermittelt das politische System mit seinen praktischen Diskriminierungen und einer spezifischen politischen Kultur. Darum soll es im Folgenden gehen.

3. 2. Die nationalis tische Kultur in Deu tschland

a. Einführendes

Rechtsextremismus in Deutschland lässt sich nur mittels einer Analyse der politischen Kultur des wiedervereinigten Deutschlands verstehen.

Definition: „Unter politischer Kultur versteht man seither jenes sich aus den Einstellungen, Meinungen und Wertvorstellungen der Bewohner/innen eines Landes

ergebende Staats(bürger)bewußtsein, das durch die spezifische Geschichte wie durch tagespolitische, ökonomische und soziale Entwicklungsprozesse geprägt wird: „Politische Kultur stellt somit ein Bindeglied zwischen den einzelnen Individuen und Institutionen und Strukturen des politischen Systems dar und bildet neben diesen seine eigentliche Stütze.“ (Butterwegge, a.a.O., S. 133 und Pfahl-Traughber, Armin, Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1993, S. 219, zit. nach Butterwegge ebd.).

Wie vorhin schon herausgestellt, kommt der Analyse der Deutungsmuster der sozialen Eliten eine besondere Bedeutung zu.

Frage: Welche geistigen Traditionsbestände prägen das typisch deutsche Gesicht des Rechtsextremismus? Die geistige Klammer der politischen Kultur, so Butterwegge, bildet eine nationale Sichtweise, die sich quer durch alle Parteien zieht.

b. Wann, wie und weshalb entsteht Nationalismus?

Nationalismus ist eine Ideologie und politische Bewegung, die Menschen gegensätzlicher Interessen dazu befähigt, sich für einen gemeinsamen Nationalstaat zu engagieren, oft auch diese dazu bringt, sich mit Expansionsstreben und Verabsolutierung der eigenen Nation zu identifizieren.

Der Nationalismus entstand Ende des 18./Anfang des 19. Jh., als die Produktivkraftentwicklung die Schaffung überregionaler Märkte und Handelsbeziehungen und damit eine Neuverteilung von Machtstrukturen ermöglichte. Nationalismus bedeutet Wettbewerb zwischen verschiedenen Nationen, die der Nationalismus konstruiert. Also: Der Nationalismus bringt die Nation hervor, nicht umgekehrt!

„Die Nation ist das Produkt eines Modernisierungsprozesses auf der Grundlage industrieller Produktion, territorialer Expansion, sozialer Interaktion und sprachlicher Kommunikation einer großen Gruppe von Menschen mit einem gemeinsamen Erfahrungshintergrund. ... Damit der Nationalismus ‚die Massen ergreift‘, bedarf es sowohl deren mentaler Prädisposition, d.h. einer gemeinsamen Tradition, Religion und/oder historischen Mission, die ein dauerhaftes Zusammenzugehörigkeitsgefühl begründet, wie auch einer ökonomischen Krisen- bzw. politischen Umbruchsituation, die davon (zumindest potentiell) Betroffene motiviert, sich als ‚Volksgemeinschaft‘ zu etablieren.“ (Butterwegge, a.a.O., S. 135 f.).

Nationalismus ist also ein junges Phänomen und nicht immer negativ zu bewerten: Nationalismus kann mit Emanzipationsbestrebungen verbunden sein, er kann Völkern Selbstbewusstsein geben oder als Herrschaftsinstrument zur Massenmobilisierung im Krieg benutzt werden. Die politische Kultur in Deutschland heute ist eher, so meine ich, von einem Nationalismus von oben gekennzeichnet.

c. Der deutsche Nationalismus

Der deutsche Nationalismus entsteht zuerst als liberale und radikaldemokratische Oppositionsbewegung, 1871 verschmilzt er mit preußischer Hierarchisierung und Militarisierung. Deutschland wird zur „verspäteten Nation“, technischer Fortschritt findet ohne Aufklärung und Demokratisierung statt. Der monarchische Obrigkeitsstaat verhindert ein demokratisches Staatsbürgerbewusstsein. Statt der Idee eines demokratischen Staates gewinnt der romantische Begriff des Volkes an Boden.

Der völkische Nationalismus wurde durch den Nationalsozialismus entscheidend diskreditiert: Als Folge wollen die meisten Deutschen von Politik nichts mehr wissen. Konsumorientierung und „Wirtschaftswunder“ verdrängen die Aufarbeitung der NS-Zeit. Ein demokratisches Bewusstsein entsteht erst allmählich, besonders wird

dieses eingefordert in der 68er Bewegung, auch wenn deren Reichweite beschränkt war. Einen Rückschlag erfuhr die aufkommende demokratische Kultur durch die Berufsverbote und die Konstruktion des „Verfassungsfeindes“ (eine Anlehnung an den nationalsozialistischen Begriff „Volksfeind“).

Eine Verschärfung der Ausländerpolitik fand in der Ära Kohl statt: Es wurden Rückkehrprämien für Ausländer ausgesetzt, es kam zu einer Aufwertung der Vertriebenenverbände, politische Symbolik wurde z.B. beim Besuch der Gräber der Waffen-SS in Bitburg bemüht usw. Es kam zu Kürzungen beim Arbeitslosengeld, bei Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. 1986/7 wurde von Historikern der Versuch der Relativierung des Holocausts im sogenannten „Historikerstreit“ unternommen. Die Standortdebatte wurde zum Einfallstor für einen neuen Nationalismus im vereinten Deutschland. Als oberstes Ziel wurde die gemeinsame Sicherung des Standorts Deutschland ausgegeben.

Großmachtambitionen im vereinten Deutschland sind unverkennbar: der „wirtschaftliche Riese“ soll nicht länger ein „politischer Zwerg“ sein. Beispielhaft ein Zitat aus „Die selbstbewusste Nation“: „Von der Existenz und Zusammensetzung der künftigen deutschen Elite wird es abhängen, ob der Industrie- und Bevölkerungsgigant in der Mitte Europas nach einer friedlichen Wiedervereinigung, der alle zugestimmt haben, es im dritten Anlauf schafft, seinen Platz im Konzert der Europäer und der Weltpolitik zu finden.“ (Thies, Jochen, Masse und Mitte. Über die Herausbildung einer nationalen Elite, in: Schwillk, Heimo/Ulrich Schacht, Die selbstbewusste Nation. ‚Anschwellender Bocksgesang‘ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, 2. Aufl. Berlin/Frankfurt/M. 1994, S. 235, zit. nach Butterwegge, a.a.O., S. 147).

Die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens als erster außenpolitischer selbständiger Akt des neuen Deutschlands unterstrich die neue außenpolitische Rolle: Natürlich sind wir zur Zeit in Mazedonien dabei, wir finden auch noch raus, was wir da wollen!

Offenkundig besteht ein Zusammenhang mit den Globalisierungsprozessen bzw. mit der zunehmenden Redundanz des Nationalstaates:

„Das Aufkommen eines neuen Nationalismus in den westlichen Industrieländern kann mithin als verzweifelter und zum Scheitern verdammt Versuch gewertet werden, den Prozeß der gesellschaftlichen Internationalisierung zu stoppen, um die politische Handlungsfähigkeit des Nationalstaates entweder zu symbolisieren oder tatsächlich wiederherzustellen.“ (Zürn, Michael, Jenseits der Staatlichkeit: Über die Folgen der ungleichzeitigen Denationalisierung, in: Leviathan 4/1992, S. 509, zit. nach Butterwegge, a.a.O., S. 152).

Nationalismus findet sich auch z.B. bei der SPD, die 1994 bei der Europawahl „deutsche Interessen“ vertreten wollte.

Meine Prognose: der gesellschaftliche Rechtsruck wird sich fortsetzen, er würde sich bei einer wirtschaftlichen Krise wohl verschärfen. Gewisse demokratische, zivilgesellschaftliche Strukturen sind aber im heutigen Deutschland unverkennbar vorhanden.

Die nationalistische Kultur verbindet sich mit rassistischer Ideologie und Praxis (siehe besonders den Umgang mit Flüchtlingen!); sie ist nicht herrschaftsneutral, sondern ein Nationalismus von oben mit dem Ziel einer Konsolidierung der Position von Eliten.

Rassismus und Nationalismus bilden einen Kernbestand rechtsextremer Ideologie. Der Rechtsextremismus bekommt aber auch Auftrieb durch die momentan vorherrschende Wirtschaftstheorie, die i.d.R. als Neoliberalismus gekennzeichnet

wird. Um diesen Zusammenhang soll es nun gehen, bevor ich am Ende versuche, Rechtsextremismus, Kapitalismus, Rassismus und Neoliberalismus zusammenzubringen.

4. Der Zusammenhang von Neoliberalismus und Rechts extremis mus

4. 1. Das Programm des Neoliberalis mus

a. Grunds ätzliches

Der Neoliberalismus will nach eigenem Bekunden Freiheit, Fortschritt und Überleben in allen Ländern der Welt (1. und 3. Welt) ermöglichen. Er versteht sich als Alternative zum Wohlfahrts- und Entwicklungsstaat.

Seine zentrale These: Der Markt als Institution und Wettbewerb als Organisations- und Entwicklungsmethode sind der Politik und der zielgerichteten Kooperation von Menschen überlegen.

Das Motto aller Forderungen: Alle Lebensbereiche sollen durch spontane Kräfte und Werte des Marktes strukturiert werden, vom ökonomischen Wirkungszusammenhang sollen Markt- und Wettbewerbsmechanismen auf alle Sphären und gerade auf die Sphäre der Politik ausgeweitet werden.

Der „natürliche“ Gegner des Neoliberalismus ist der Keynesianismus mit seinem Programm der Steigerung des Massenkonsums, der Einkommensverteilung, des Sozialstaats u. a..

Unterschiede zur *Klassik* (Smith, Ricardo, Malthus): Dort wurde der Markt als Rückkoppelungsmechanismus verstanden, der bei gegebenem Faktoreinsatz (Arbeit, Boden, Kapital) und gegebener Produktivität dafür sorgt, dass die hergestellte Gütermenge dem Bedarf entspricht. Der Marktpreis wirkt als Regelmechanismus (die unsichtbare Hand). Allerdings bettete die Klassik den Markt in historische Gesetze über Akkumulation, Lohnbildung und Bevölkerungswachstum ein, die den Wohlstand der Nationen und ein Gleichgewicht erst ermöglichen.

Die *Neoklassik* betonte gegen die Klassik, dass nur Arbeit Wert schafft, sie sprach sich gegen ergänzende Theorien aus und verfocht nur eine Grundannahme: Alle Wirtschaftssubjekte sind rational und verfolgen ihr Eigeninteresse. Der Markt kann die Produktionsfaktoren so anordnen, dass ein optimales Ergebnis erzielt wird (überlegene Allokationseffizienz). Ziel: Die Maximierung des Outputs. Auch ein Marktversagen ist allerdings möglich (durch Monopole, in Bezug auf öffentliche Güter etc.) und damit wird eine Wirtschaftspolitik des Staates möglich und nötig.

Der *Neoliberalismus* hält dagegen: die allgemeine Wohlfahrt kann gar nicht gefordert werden, alle externen Zielvorgaben sind wirtschaftlich schädlich. Das Ziel ist es, die eigene wirtschaftliche Freiheit zu verfolgen und unsere Zivilisation weiterzuentwickeln. Markt und Wettbewerb ermöglichen ein spezifisches Lernen und eine bessere kulturelle Evolution(nach Hayek und Friedman).

b. Wettbewerb als Lernmethode

Der Mensch lernt durch die Enttäuschung von Erwartungen, durch trial and error, ein Bewusstsein vom Ganzen der Gesellschaft ist dagegen nicht notwendig, nur die Aneignung individueller Erkenntnisse. In einer modernen Gesellschaft sind laut Hayek die Dinge so, dass „jedes Mitglied der Gesellschaft nur einen kleinen Bruchteil des Wissens haben kann, das von allen zusammen besessen wird, und daß jeder deshalb in Unkenntnis der meisten Tatsachen ist, auf denen das Funktionieren der Gesellschaft beruht.“ (Hayek, Friedrich August von, Recht, Gesetzgebung und

Freiheit. Bd. 1: Regeln und Ordnung, München 1980, S. 30, zit. nach Schui et al., a.a.O., S. 64).

Das Ergebnis: Durch Wettbewerb werden die überlegenen Verfahren und Verhaltensweisen herausgesiebt. Die Überlegenheit ist als Vorbild erfahrbar und fordert zur Nachahmung auf. Gelernt werden können also nur individuelle Überlebens- und Bereicherungspraktiken. Wenn alle durch dieses harte Training gehen, so die Vorstellung, kann auch die Menschheit überleben. Es wird keine Fähigkeit erworben, gesellschaftliche Fragen bewusst und kollektiv aufgrund umfassender Informationen politisch zu lösen. Die Gesellschaft kann daher kein eigentliches Ziel haben, so die Neoliberalen.

Wissen ist nach Hayek „stilles Wissen“, es lässt sich nicht in Worten ausdrücken, sondern nur in der Praxis befolgen. Der einzelne benötigt die Bereitschaft, sich den Ergebnissen der sozialen Prozesse zu unterwerfen, die niemand geplant hat und die niemand versteht. Blankenburg: bezeichnet dies als Ende der europäischen Aufklärung!

c. Die kulturelle Evolution

Das Ergebnis dieser Lernprozesse ist Vielfalt, es erlaubt aber keine Aussagen über zukünftige Entwicklungen. Wie bei der genetischen Evolution gilt das Fitness- bzw. Selektionskriterium: Gruppen, die bestimmte Regeln befolgt haben, waren erfolgreicher und haben andere verdrängt. Der Mensch nimmt nicht Verhaltensregeln an, weil er intelligent ist. Er wird dadurch intelligent, dass er sich neuen Verhaltensregeln unterwirft! Der Zivilisationsprozess ist ein Disziplinierungsprozess, in dessen Verlauf sich das Individuum seinen Instinkten und kollektiven Lebensgewohnheiten primitiver Urgemeinschaften entwöhnt und einem immer komplexeren System von Geboten und Verboten unterworfen wird.

Der Neoliberalismus konstatiert einen Übergang von einer gesellschaftlichen zu einer individuellen Moral. Die entwickelte Moralität im Kapitalismus ist für ihn der bisherige Höhepunkt der kulturellen Evolution. Diese entwickelte Moralität, die Sitten der Marktwirtschaft „brachten es mit sich, (den) bekannten bedürftigen Nachbarn das vorzuenthalten, wessen sie unter Umständen bedurften, um stattdessen den unbekanntem Bedürfnissen vieler Tausender unbekannter Menschen zu dienen. Finanzieller Gewinn statt Verfolgung eines allgemeinen bekannten Zieles wurde nicht nur die Grundlage für die Anerkennung durch andere, sondern auch der Grund für die Zunahme allgemeinen Wohlstands.“ (Friedman, Milton, Kapitalismus und Freiheit, München 1976, S. 59 f., zit. nach Schui et al., a.a.O., S. 69).

Dieser Individualismus ist antirationalistisch. Er beruht auf einer Haltung der „Demut vor den unpersönlichen und anonymen sozialen Prozessen ..., durch welche die einzelnen mithilfe, Dinge zu schaffen, die größer sind als sie selbst wissen.“ (Hayek, Friedrich August von, Wahrer und falscher Individualismus, in: ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 1, 1948, S. 38 f., zit. nach Schui et al., a.a.O., S. 69 f.). Diese Werte müssen von allen ausnahmslos anerkannt werden, im wesentlichen durch die Form der Zivilgesellschaft, d.h. durch die öffentliche Meinung, Konventionen, Traditionen, Werte. Der Staat muss Regeln aufstellen, die die entwickelte Moralität und auch Unterwerfung nicht sicherstellen können, nämlich Rechtsgleichheit, Privateigentum, Vertragsfreiheit usw. - dies aber mit aller Macht! (Es gibt also wenige Staatsaufgaben, dafür aber einen starken Staat).

d. Freiheit statt sozialer Gerechtigkeit

Freiheit ist für den Neoliberalismus negative Freiheit. Es werden keine Möglichkeiten eröffnet wie etwa Chancengleichheit, sondern nur Bedingungen für die Eröffnung von Möglichkeiten, konkret: die Freiheit, sich am Markt zu betätigen und nach eigenen Zielen zu streben. Die auf Reichtum gegründete Macht, jemanden von materieller Nutznießung auszuschließen, ist keine Willkür ohne die Absicht der Freiheitsberaubung: „Auch wenn ihn selbst [ein beliebiges Mitglied der Gesellschaft] und vielleicht seine Familie die Gefahr des Hungers bedroht und ihn zwingt, eine ihm widerwärtige Beschäftigung für einen sehr geringen Lohn anzunehmen und er der Gnade des einzigen Menschen ausgeliefert ist, der bereit ist, ihn zu beschäftigen, so ist er doch weder von diesem noch von irgend jemand anderem in unserem Sinn gezwungen. ...Solange die Absicht der Handlung, die ihn schädigt, nicht ist, ihn in den Dienst der Ziele eines anderen zu stellen, ist ihre Wirkung auf seine Freiheit keine andere als die einer Naturkatastrophe – eines Feuers oder einer Überschwemmung, die sein Heim zerstört, oder eines Unfalles, der seine Gesundheit schädigt.“ (Hayek, Friedrich August von, Die Verfassung der Freiheit, Tübingen 1971, S. 166, zit. nach Schui et al., a.a.O., S. 73 f.).

Soziale Gerechtigkeit verletzt in dieser Sicht individuelle Rechte und setzt den wettbewerblichen Lernprozess außer Gang. Als Erläuterung soll hier Friedmans Robinson-Beispiel dienen: Angenommen, es gäbe vier Robinson Crusoes, von denen einer auf einer mit reichen Naturschätzen ausgestatteten Insel landet, während die drei übrigen das Pech haben, auf armen Inseln zu landen. Ist der reiche Robinson verpflichtet, nachdem er die anderen drei entdeckt hat, diese zu gleichen Teilen an seinem Reichtum teilhaben zu lassen? Friedman dazu: „Sind wir dazu bereit, an uns selbst und an unsere Mitmenschen die Forderung zu richten, daß jeder Mensch, dessen Wohlstand über dem durchschnittlichen Wohlstand der Weltbevölkerung liegt, sich augenblicklich von seinem Mehrbesitz durch gleichmäßige Verteilung gegenüber dem Rest der Weltbevölkerung zu trennen habe? ...Andererseits wird aus zweimal Unrecht auch nicht Recht. Die Weigerung des reichen Robinson ..., den Wohlstand zu teilen, rechtfertigt nicht Gewaltanwendung seitens der übrigen.“ (Friedman, Milton, Kapitalismus und Freiheit, München 1976, S. 213, zit. nach Schui et al., a.a.O., S. 75 f.). Klingt das nicht plausibel? Friedman setzt jedoch voraus, dass der reiche Robinson zufällig sein Glück macht, dass bei der ursprünglichen Verteilung keine Ungerechtigkeit im Spiel war. Ist das aber eine realistische Annahme?

Darauf aufbauend ergeben sich folgende Erklärungen von Armut: „Denn soweit der Markt ein Glücksspiel ist, können individuelle Notlagen eintreten, deren Beseitigung aber nicht Sache von sozialer Gerechtigkeit sein kann, da der Markt als unpersönliche Institution weder gerecht noch ungerecht ist und folglich an ihn die Forderung nach Gerechtigkeit nicht zu stellen ist. ... Soweit aber der Markt ein Geschicklichkeitsspiel ist, resultiert die Armut aus der Rebellion gegen die heilsame Disziplin des Marktes, gegen die Disziplin, die in einem engen Zusammenhang steht mit der kulturellen Evolution. Sie ist daher ‚verdient‘ und der Versuch, sie zu beheben, ist die ‚grundsätzliche Unmoralität allen Egalitarismus.‘ (Blankenburg, Stephanie, in: Schui et al., a.a.O., S. 79).

In der Sozialpolitik ist demzufolge nur eine Mindestabsicherung erlaubt für diejenigen, die aus verschiedenen Gründen ihren Lebensunterhalt nicht auf dem Markt verdienen können, wie etwa Kranke, Alte, Behinderte.

e. Staat, Parlament und Demokratie :

Die neoliberale These: Die Politik versagt bzw. ist dem Markt bei der Organisation der Gesellschaft unterlegen.

Neoliberale Staatskritik in zwei Varianten (vgl. zum Folgenden Schui et al., a.a.O., S. 85-111):

1. Der Staat als tyrannische Verwaltung

Staatskritik in der Theorie der kollektiven Entscheidungen

Downs: Der Parlamentarismus ist ein Markt, auf dem die Parteien Politik anbieten und Wählerstimmen maximieren wollen und die Wähler gemäß ihren Präferenzen nachfragen.

Arrow: Wähler mit unterschiedlichen Präferenzen kommen durch Wahlen nicht zu einer Rangordnung erstrebenswerter gesellschaftlicher Ziele, nicht zu kollektiven Entscheidungen. Es ergibt sich immer ein Paradox. Damit ist Demokratie prinzipiell fragwürdig! Die Folge des Paradoxons: Die Bürokratie verselbständigt sich, verfolgt nur ihre eigenen Interessen. („Tyrannei der Bürokratie“)

Die Alternativen: Die Präferenzen werden durch äußere Auflagen zusammengefaßt oder an die Stelle der politischen Wahl tritt der Tauschvertrag zwischen Individuen: das Politische wird in Einzelverträge aufgelöst, die der Staat garantiert. Der Neoliberalismus empfiehlt generell eine härtere Kontrolle der Bürokratie durch politische Führer.

Kritik: Eine Diskussion der Wähler über Präferenzen und ihre (teilweise) Einigung wird prinzipiell ausgeschlossen. Letzter Grund dafür ist der zugrundeliegende methodologische Individualismus.

Dagegen steht das Grundgesetz: Die Parteien wirken bei der Willensbildung des Volkes *mit*. Die Willensbildung der Parteien kann aber nur durch die Wähler geschehen, die ja die Parteimitglieder sind. Dies beinhaltet Grundsatzdiskussionen auch um langfristige Ziele von Gesellschaft, die in Politik eingehen. Einen politischen *Lemprozess* gibt es bei Downs gar nicht. Das Grundproblem dieser Staatskritik ist die Entgegenstellung von Wählern und politischen Entscheidungsträgern.

2. Der Staat als „Beute“ von Interessengruppen

Mancur Olson: Eine kollektive Interessenvertretung ist umso wahrscheinlicher, je kleiner und homogener die Gruppe (Ansonsten besteht eine Trittbrettfahrergerfahr bei der Vertretung allgemeiner Interessen). Die Gewerkschaften z. B. können nur Bestand haben, wenn sie alleiniger Verhandlungspartner im Tarifkonflikt sind, ihre Mitglieder also Vorteile haben und sie vom Staat an den Entscheidungen beteiligt werden. Die Gewerkschaften nutzen ihre Bedeutung zur Wettbewerbsbeschränkung auf dem Arbeitsmarkt und können den Staat in Beschlag nehmen. Wird aber eine Verteilung zugunsten des Konsums durchgesetzt, verringert sich laut Olson das Wachstum und steigen die Preise. Keynes ist da genau gegenteiliger Meinung: Eine Umverteilung zum Konsum ermöglicht erst den Absatz entsprechend der Produktivität und damit erst die Realisierung der Gewinne.

Der Neoliberalismus fordert einen starken, aber „schlanken“ Staat, ansonsten Deregulierung, Privatisierung usw.

Es existieren aber auch positive Staatsmodelle:

1. Hayeks Jury- Modell:

Die Jury ist eine gesetzgebende Versammlung aus Bürgern zwischen 45 und 60, die Steuern und Staatsanteil am Volkseinkommen festlegen sollen, weil sie die Dinge in längerer Sicht betrachten.

2. Buchanans vertrags theoretisches Modell

Buchanans Ausgangspunkt ist eine Situation ohne Staat. Persönliches Eigentum wird nur von den Individuen geschützt, Raub ist an der Tagesordnung. Erhebliche Ressourcen werden für Raub und Verteidigung aufgewendet. Die Überlegung ist folgende: Ein Vertrag bringt Vorteile für beide Seiten: die Reichen geben etwas von ihrem Reichtum ab, die Armen verzichten dafür auf Raub. Durch diesen frei aushandelbaren Gesellschaftsvertrag kann jeder seinen individuellen Nutzen maximieren (Ungleichheiten bleiben!).

Auf eine Konsequenz soll hier hingewiesen werden: Tauschvorgänge werden nicht mehr an Effizienz gemessen (z. B. Output bei Arbeitsstunden), Effizienz ist nun der Tauschvorgang selbst! Der Staat ist „pareto-optimal“: Jeder kann dazugewinnen, aber keiner wird schlechter gestellt oder geschädigt. Verteilungspolitik wäre solch eine Schädigung. Buchanan kritisiert Hayek: Es gibt keine absolut wahre Moral, kein absolut gutes Recht, Hayek sei evolutionär zu optimistisch. Bei Buchanan wird das Politische endgültig ins Tauschparadigma aufgelöst (vgl. Buchanan, James, *The Limits of Liberty. Between Anarchy and Leviathan*, Chicago 1975, dt. 1984).

Sein Ansatz erfährt eine Weiterführung in der Neuen Institutionenökonomik: Die Wahrnehmung von Marktversagen durch rationale Individuen führt im dortigen Modell zur spontanen Herausbildung von institutionellen Arrangements, die die Kluft zwischen einem theoretischen Optimum und dem tatsächlichen Marktergebnis schließen. So kann institutioneller Wandel als kontinuierliche Folge freiwilliger Vertragsakte verstanden werden.

4. 2. Neoliberale Praxis und ihre Folgen

Wer profitiert nun vom Neoliberalismus in Theorie und Praxis? Die Befürworter gesellschaftlich unkontrollierten unternehmerischen Handelns, also (Groß)unternehmer, Banken, Versicherungen und die politischen Eliten, die eine neoliberale Politik durchsetzen helfen.

Beispiele für die Anwendung des neoliberalen Paradigmas in Deutschland sind die Privatisierungsprozesse bei Post, Bahn, die beginnende Privatisierung der Rentenversicherung u. a..

Auf der anderen Seite sorgen Deregulierung, Flexibilisierung, Privatisierung und Finanzkrisen i. d. R. für den materiellen Abstieg vieler Menschen, für Ausschlussprozesse und unsichere Lebensperspektiven, Desintegration und den Verlust sozialer Beziehungen. Dies birgt tendenziell ein großes Konfliktpotenzial. Flankiert wird neoliberale Wirtschaftspolitik daher durch stärkere staatliche Kontrolle im Inneren (z.B. größere Befugnisse bei Abhörmaßnahmen) und eine Militarisierung der Außenpolitik (neue NATO-Doktrin, Kosovo-Krieg)

Auch neoliberale Theorie und Praxis dient de facto herrschenden kapitalistischen Interessen.

5. Zusammenfassende These zum Verhältnis von Kapitalismus, Neoliberalismus und Rechtsextremismus

Die Wurzeln des Rechtsextremismus liegen schon im kapitalistischen Gesellschaftssystem begründet: Unternehmensmacht bzw. Privatverfügung über wirtschaftliche „Lebensmittel“ verträgt sich immer nur konfliktvoll mit echter Demokratie, daher ist Demokratie im Kapitalismus immer gefährdet. Das Recht des Stärkeren und die Untergang des nicht Wettbewerbsfähigen sind im Kapitalismus strukturell verankert. Durch rassistische und nationalistische Diskurse und Praxen wird kapitalistische Herrschaft in den Köpfen abgesichert.

Rechtsextremismus denkt die Tendenzen des Kapitalismus als von sozio-ökonomischen Strukturen entkoppelte und oft selbstläuferische Ideologie radikal zu Ende und kann so besonders in krisenhaften Situationen Wirkung erzielen.

Der Neoliberalismus als eine besonders offensive und radikalisierte Variante des Kapitalismus als Wirtschaftstheorie (Forderung nach der Durchmarktung aller Lebensbereiche) bringt allgemeine Tendenzen des Kapitalismus wie die Gegnerschaft zur Demokratie oder das sozialdarwinistische Recht des Stärkeren stärker zur Geltung. Er hat sich als Reaktion auf die Erfolge des Keynesianismus formiert und bezieht seine Stärke von der Schwäche der Arbeiterbewegung und vom Niedergang des Realsozialismus.

Als radikale Variante kapitalistischer Wirtschaftstheorie liefert der Neoliberalismus gerade rechtsextremen Gruppen und Parteien viele Anknüpfungspunkte und kann dazu beitragen, rechtsextremes Gedankengut hoffähiger zu machen.

Von daher ist es kein Zufall, dass auffällige Gemeinsamkeiten zwischen neoliberaler und rechtsextremer Ideologie bestehen: Die Legitimierung des Starken, Durchsetzungsfähigen und Erfolgreichen, die Auslese durch den Markt im Dienste der höheren kulturellen Evolution, die Anerkennung verbindlicher Werte, das Konzept des starken Staates sowie die Gegnerschaft gegen soziale Gerechtigkeit und „Sozialmissbrauch“ können auch Rechtsextremisten begeistern. Nicht ohne Grund haben daher z. B. die österreichischen „Freiheitlichen“ (ehemals FPÖ) oder die französische Front Nationale neoliberales Gedankengut in ihre Programme integriert. Was kann aber nun Rechtsextremismus leisten, was der Neoliberalismus nicht leisten kann? Einen möglichen Grund für seine Popularität auch im globalisierten, nationale Unterschiede relativierenden Kapitalismus formuliert Schui (vgl. Schui et al., a.a.O., S. 15 f.):

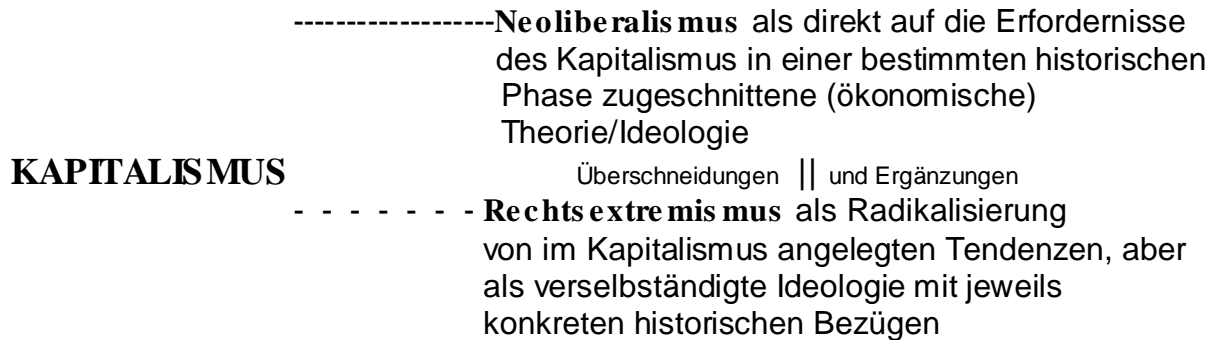
In den Konzepten von Neoliberalismus und Rechtsextremismus gilt der Kampf ums Überleben und das Heldentum; aber der Held der reinen Tauschgesellschaft ist nicht charismatisch oder pathetisch, sondern der nüchtern berechnende, rechtschaffene und strebsame Bürger. Können diese Tugenden (Akkumulation um der Akkumulation willen pur) den Zusammenhalt der Gesellschaft sichern, wenn gleichzeitig der entfesselte Markt die Spaltung der Welt in Reiche und Arme und gesellschaftliche Desintegration weiter vorantreibt? Hier setzt die extreme Rechte an: Sie verbindet die Konzepte von Heimat und Nation mit radikalem Markt und ungehindertem Wettbewerb. Die soziale Sicherheit des Wohlfahrtsstaates soll durch das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Volks- und Kulturgemeinschaft ersetzt werden.

Gemeinschaftsideologie ersetzt die Geborgenheit durch materielle Sicherheiten durch überhöhte, zugeschriebene Identitäten aus dem durch die etablierte Politik längst bereitgestellten Fundus von Rassismus und Nationalismus.

Rechtsextremismus liefert Menschen heute Erklärungen und Orientierungen (Heimat) im globalisierten Kapitalismus. Rechtsextremismus kann daher zur Integration in den

Kapitalismus beitragen und das gegenwärtige Gesellschaftssystem bis zu einem gewissen Grad stützen.

Versuch eines einfachen Schemas :



Ausgewählte Literatur:

- Butterwegge, Christoph, Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996
- Dijk, Teun van, Rassismus heute: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus, 2. Aufl. Duisburg 1991
- Kühnl, Reimhard, Faschismustheorien. Ein Leitfaden. Aktualisierte Neuauflage, Heilbronn 1990
- Schui, Herbert et al., Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München 1997
- Zerger, Johannes, Was ist Rassismus? Eine Einführung, Göttingen 1997

**Vortrag auf der Marienburg bei Pax Christi Trier am 25. 8. 2001
(Stefan Leibold)**